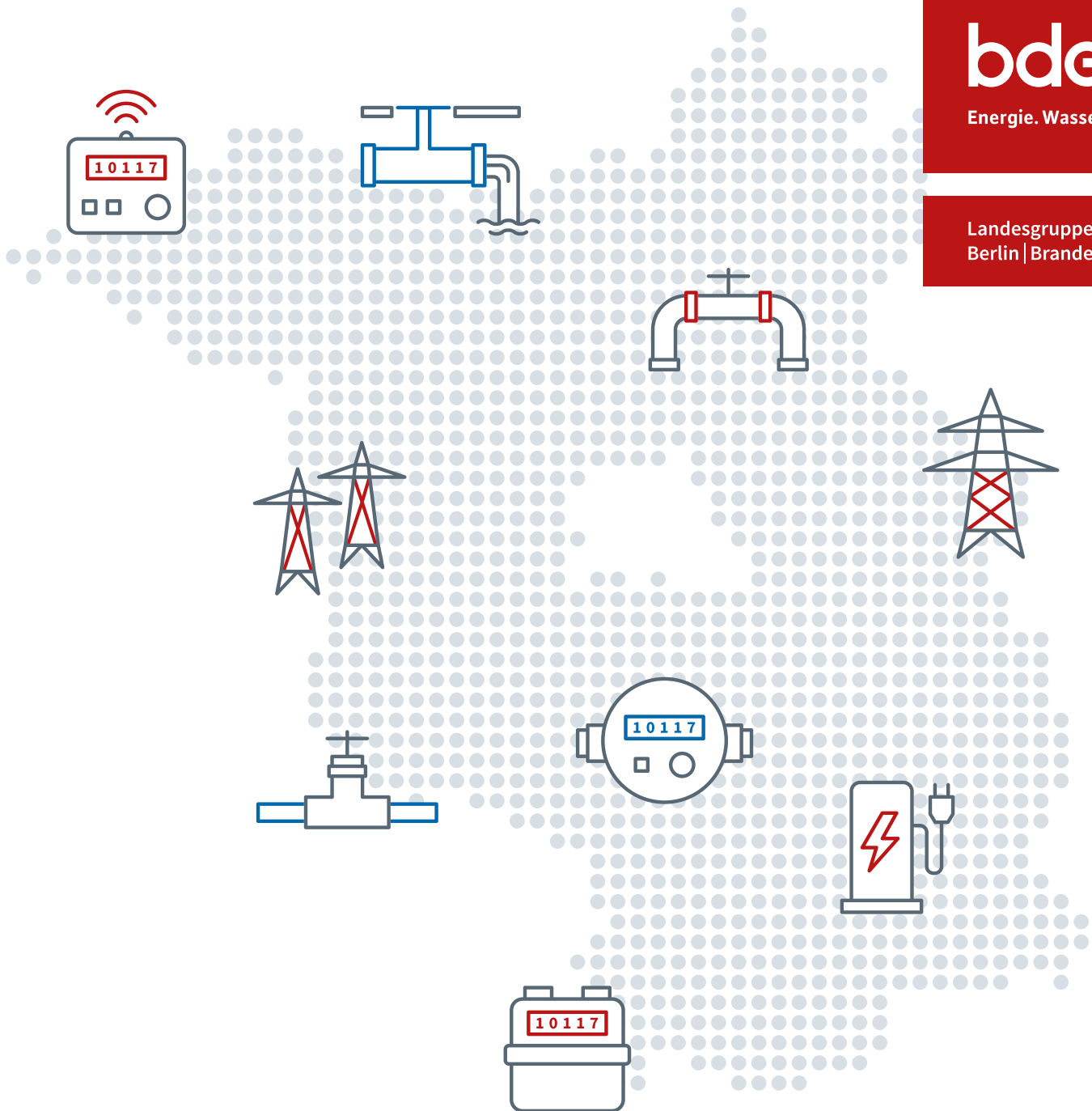


**bdeu**

Energie. Wasser. Leben.

Landesgruppe  
Berlin | Brandenburg



# Handlungspfade für eine zukunftsfähige Infrastruktur

Empfehlungen der Energie- und Wasserwirtschaft für die  
8. Legislaturperiode des Landtages Brandenburg 2024–2029

## KERNPUNKTE

Akzeptanz für Infrastrukturprojekte sicherstellen	4
Länderübergreifende Zusammenarbeit in der Versorgung ausbauen	4
Planungs- und Genehmigungsverfahren konsequent beschleunigen	6
Flächendeckende Digitalisierung ermöglichen und sicherstellen	7
Bürokratische Anforderungen abbauen	7
Planungs- und Versorgungssicherheit für den Strukturwandel gewährleisten	8
Gemeinsame Grundlagen für die Transformation erarbeiten	8
Neugestaltung der Förderangebote für die Transformation	10
Paradigmenwechsel in der Wasserpolitik einleiten	12
Stärkung von Bildung und Fachkräftegewinnung	12
Transfer von Forschung in die Praxis	14

Die BDEW-Landesgruppe Berlin/Brandenburg vertritt die Interessen von mehr als 140 Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft in beiden Bundesländern. Unsere Mitgliedsunternehmen gewährleisten die Energie-, Gas-, Wärme- und Wasserversorgung sowie die Abwasserbehandlung in allen Wertschöpfungsstufen und gestalten aktiv die klimaneutrale Zukunft der Versorgungsinfrastruktur.

Die Energie- und Wasserwirtschaft nimmt sich den Herausforderungen der auf allen politischen Entscheidungsebenen geforderten Transformation an, um die Folgen des Klimawandels zu mildern, sich den veränderten Bedingungen anzupassen und gleichzeitig eine resiliente Versorgung sicherzustellen. Verlässliche demokratische Mehrheiten müssen auch in Zukunft die Basis des politischen Handelns sein. Dies auch, um pragmatische Lösungen für die mit der Transformation einhergehenden Herausforderungen zu erarbeiten bzw. zu vollziehen. Gleichzeitig hat die künftige politische Ausrichtung unmittelbare Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort, die Ansiedlung neuer Unternehmen sowie die Situation der Brandenburger Unternehmen am Kapitalmarkt.

Gemäß der Treibhausgas-Abschätzung des Landes für das Jahr 2022 wurden für die Energiegewinnung und -umwandlung rund 30,7 Megatonnen CO<sub>2</sub> ausgestoßen.<sup>1</sup> Zugleich sind der Anteil erneuerbarer Energien am Jahresstromverbrauch bilanziell auf 94,8 Prozent gesteigert und die Energieeffizienz kontinuierlich verbessert worden.<sup>2</sup> Diese Fortschritte zeigen, dass die landespolitischen Weichenstellungen, vor allem die „Energiestrategie 2040“, zur Transformation der Strom- und Wärmeerzeugung im Land aktiv beitragen.

Brandenburg gilt mit mehr als 3.000 natürlich entstandenen Seen und über 33.000 km Fließgewässern als gewässerreichstes Bundesland Deutschlands. Dennoch sind die Folgen des Klimawandels schon heute spürbar. Der für die Region Berlin und Brandenburg erstellte Klimareport 2019 zeigt erkennbare Veränderungen beim Jahresmittel der Durchschnittstemperatur, bei den Niederschlagsmengen, den Niederschlagsereignissen sowie den Grundwasser- und den Pegelständen vieler Seen. Diverse Klimamodelle prognostizieren für Brandenburg bis zum Ende des 21. Jahrhunderts einen weiteren Anstieg der Jahresmitteltemperatur auf ca. 12 bis 13 Grad Celsius. Dazu werden die Niederschlagsereignisse als deutlich variabler prognostiziert.<sup>3</sup>

In Brandenburg leben aktuell rund 2,5 Mio. Einwohner\*innen. Die Bevölkerungsdichte weist deutliche regionale Unterschiede auf, wobei sie in den Städten und Kommunen um die Bundeshauptstadt herum signifikant ansteigt.

Bereits seit einigen Jahren verfolgt die Landesregierung den Ansatz der innovativen Wirtschaftspolitik mit einer regionalen bzw. sektoralen Schwerpunktsetzung. Ziel ist es, besondere wirtschaftliche und wissenschaftliche Potenziale an ausgewählten Standorten zu bündeln bzw. zu unterstützen. Aus Sicht der Energie- und Wasserwirtschaft ist es positiv hervorzuheben, dass sich die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik des Landes und die Aktivitäten zum Strukturwandel in der Lausitz bzw. Schwedt/Oder ergänzen. Im Jahr 2022 haben 1,144 Mio. Erwerbstätige ein Bruttoinlandsprodukt im Wert von 88,8 Mrd. Euro in Brandenburg erwirtschaftet. Dies entspricht einem Wachstum (preisbereinigt) von 3,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.<sup>4</sup>

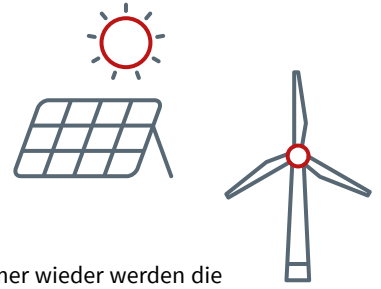
Während der 7. Legislaturperiode sind mit der Ansiedlungspolitik des Landes Brandenburg neue und namhafte Unternehmensstandorte entstanden. Diese Politik gilt es, in den kommenden Jahren gezielt mit der Infrastrukturentwicklung zu verknüpfen.

Aufgrund der geopolitischen Entwicklungen, der klimatischen Veränderungen und dem zunehmend spürbaren demografischen Wandel sehen sich die Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft künftig mit multidimensionalen Herausforderungen konfrontiert. Umso wichtiger ist es, in den kommenden Jahren adäquate Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Auf- und Ausbau einer zukunftssicheren Versorgungsinfrastruktur ermöglichen.

Insbesondere müssen während der 8. Legislaturperiode des Brandenburger Landtages seit Jahren bestehende Unklarheiten aufgelöst und etwaige Unzulänglichkeiten nachhaltig beseitigt werden. Die BDEW-Landesgruppe Berlin/Brandenburg hält dazu folgende politische Handlungsschwerpunkte für notwendig:

- › Akzeptanz und länderübergreifende Zusammenarbeit forcieren
- › Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren
- › Transformationsplanung und -finanzierung
- › Paradigmenwechsel in der Wasserpolitik
- › Flächendeckende Digitalisierung vorantreiben und bürokratische Hürden abbauen
- › Stärkung von Forschung, Bildung und Fachkräftegewinnung

## Akzeptanz für Infrastrukturprojekte sicherstellen



Unsere Gesellschaft steht vor bedeutenden Herausforderungen, die eine nachhaltige Entwicklung und ein fortschrittliches Miteinander erfordern. Infrastrukturprojekte spielen eine entscheidende Rolle in diesem Prozess, da sie die Grundlage für eine verbesserte Lebensqualität und wirtschaftliche Stärke bilden. Doch allzu oft stoßen solche Vorhaben auf Widerstand und Konflikte. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir gemeinsam Lösungen finden, um die Akzeptanz von Infrastrukturprojekten in der Zukunft sicherzustellen.

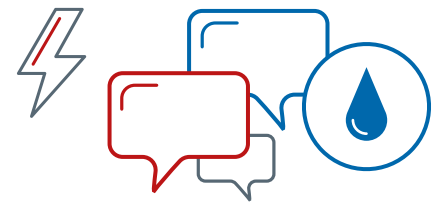
### „Politische und behördliche Entscheidungen besser begründen und erklären“

Ebenso müssen politische und behördliche Entscheidungen zur Zukunft unserer Infrastrukturen besser begründet und erklärt werden. Diese Aufgabe richtet sich vor allem an

die politischen Vertreter\*innen. Immer wieder werden die Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft mit der Unzufriedenheit der Bürger\*innen über nicht ausreichend kommunizierte Entscheidungen konfrontiert. Dies beeinträchtigt in aller Regel die Projektrealisierung.

Neben Partizipation und Transparenz in raschen Planungs- und Entscheidungsfindungen sind Kompensation und Beteiligung wesentliche Aspekte. Nur durch Kompensationsrichtlinien und die aktive Einbindung der beteiligten Gemeinschaften können wir sicherstellen, dass Chancen und Lasten fair verteilt werden. Hierfür bedarf es einer vertrauensvollen Zusammenarbeit aller Beteiligten, um eine nachhaltige und lebenswerte Zukunft in Brandenburg – in der Mitte Europas – sicherzustellen.

## Länderübergreifende Zusammenarbeit in der Versorgung ausbauen



In den vergangenen Jahren hat das Bewusstsein für eine resiliente Versorgungsinfrastruktur zugenommen. Auf Grundlage von Partnerschaften mit angrenzenden Ländern bzw. Regionen, z. B. zwischen Brandenburg und Berlin, kann die Resilienz der Energie- und Wasserversorgung bzw. Abwasserbehandlung in den kommenden Jahren weiter verbessert werden.

Aufgrund der erheblichen gemeinsamen Anstrengungen der mit der Realisierung der Energiewende befassten Stakeholder kann das Land Brandenburg bereits heute einen erheblichen Anteil seines Energiebedarfs bilanziell mit erneuerbaren Energien decken. Durch eine weitere Steigerung der Effizienz bei der Stromwende und gezielte energiewirtschaftliche Kooperationen ließen sich die Verfügbarkeit von und die Versorgung mit erneuerbaren Energien in der Metropolregion weiter ausbauen. Die jüngsten Ansiedlungsentscheidungen international agierender Unternehmen haben gezeigt, dass sich die Verfügbarkeit von erneuerbar erzeugter Energie zum zentralen Kriterium für die Ansiedlung und somit zur Gewinnung innovativer Geschäftsmodelle entwickelt. Um die länderübergreifende Zusammenarbeit im Bereich der Energieversorgung voranzutreiben, sollten folgende Maßnahmen forciert werden:

- › Erarbeitung eines konkreten Zielbildes: Um allen Beteiligten aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft Planungssicherheit zu verschaffen, sollte für die länderübergreifende Zusammenarbeit ein konkretes Zielbild unter Berücksichtigung aller Energieträger (Strom, Gas, Wärme etc.) erarbeitet werden. In der Stromwirtschaft gibt es mit dem Netzentwicklungsplan bereits eine gute Grundlage, die erprobt ist und auf der ein Zielbild aufbauen könnte. Aus dem Zielbild sollte in einem weiteren Schritt eine Transformationsroadmap für die Versorgungsinfrastruktur im Land Brandenburg abgeleitet werden. Ohne konkrete Pläne und Ziele wird die Erkennung und Nutzung möglicher Synergien behindert.
- › Rahmenbedingungen für die Energieversorgung schaffen: Für die gemeinsame und länderübergreifende Energieversorgung müssen die beteiligten Behörden adäquat ausgestattet und Grundlagen für grenzüberschreitende Projekte erarbeitet werden.
- › Übergang von der Absichts- zur Zielerklärung: Bisher basieren die eingegangenen Energiekooperationen vor allem auf Absichtserklärungen. In den kommenden Jahren sollten darauf aufbauend konkrete Vereinbarungen hinsichtlich der zu erreichenden Ziele, Maßnahmen etc. getroffen werden.

Die „Initiative Trinkwasserversorgung Metropolregion“ (ITM) hat bereits Maßnahmen zur langfristigen Sicherung der Trinkwasserversorgung für Berlin und den berlinnahe Raum (Hauptstadtregion) an die Verantwortlichen der Umweltverwaltungen beider Länder herangetragen. Die Landesregierungen Berlins und Brandenburgs haben sich darauf aufbauend am 3. November 2023 auf die Erarbeitung einer gemeinsamen „Wasserstrategie Hauptstadtregion 2050“ verständigt.<sup>5</sup>

Politik und Verwaltung sollten in der gemeinsamen Wasserstrategie der beiden Länder die Forderungen aufgreifen, um gemeinsam mit der ITM die Wasserversorgung langfristig sicherzustellen.

Die Sicherstellung einer nachhaltigen Wasserversorgung und Abwasserbehandlung in Zeiten des Klimawandels gilt als zentrale Aufgabe in den kommenden Jahren. Um diese Herausforderung erfolgreich zu meistern, ist eine engere Zusammenarbeit zwischen Land, Kommunen und Aufgabenträgern unerlässlich. Nur durch ein partnerschaftliches Miteinander können wir eine effiziente, kostengünstige und zukunftsfähige Infrastruktur schaffen bzw. erhalten. Dazu dienen folgende Maßnahmen:

- › **Wissensaustausch und gemeinsame Planung:** Kommunen und Aufgabenträger verfügen über wertvolles Fachwissen und Erfahrungen. Ein regelmäßiger Austausch ermöglicht es, aus Best Practices zu lernen, Herausforderungen frühzeitig zu erkennen und gemeinsame Lösungen zu erarbeiten.
- › **Ressourceneffizienz und Nachhaltigkeit:** Die gemeinsame Anstrengung zur Ressourceneffizienz und Förderung nachhaltiger Technologien ist von großer Bedeutung.
- › **Flexibilität und Anpassungsfähigkeit:** Der Klimawandel und sich ändernde Bedürfnisse erfordern eine flexiblere Ausrichtung unserer Wasser- und Abwassersysteme. Gemeinsam sollten wir auf aktuelle Entwicklungen reagieren und unsere Infrastrukturen anpassen, um für kommende Herausforderungen gewappnet zu sein.

- › **Finanzielle Unterstützung und Förderprogramme:** Die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Aufgabenträgern sowie die Bündelung von Aufgaben durch Kooperationen und andere Formen der Zusammenarbeit können durch finanzielle Unterstützung und gezielte Förderprogramme gestärkt werden.
- › **Zur Steigerung der Resilienz der Wasserversorgungssysteme** ist die Schaffung von Verbundsystemen zu prüfen, um Spitzenbedarfe und mögliche Ausfälle von Infrastrukturen ausgleichen zu können, wie es z. B. von der ITM für die Metropolregion gefordert wird und länderübergreifend mit der Arbeitsgemeinschaft „Trinkwasserverbund Lausitzer Revier“ geplant wird.
- › **Grundlage für die Erfassung des verfügbaren Wasserdargebots** sind Grundwasser-Bewirtschaftungsmodelle, wie sie z. B. für die Hauptstadtregion und für die Region Lausitz beschlossen wurden. Ihre Erstellung sollte weiter vorangetrieben werden.

Auf Basis einzelner Initiativen hat das Land Brandenburg bereits wertvolle Kooperationserfahrungen in den vergangenen Jahren sammeln können. Um die Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft zu stärken und eine resiliente Ver- und Entsorgungsinfrastruktur aufzubauen, sollten bestehende Kooperationen ausgebaut bzw. erweitert und konkrete Ziele erarbeitet werden. Eine intensivere Zusammenarbeit mit angrenzenden Ländern bzw. Regionen trägt nicht nur zur Steigerung der Resilienz, sondern auch zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes bei.

„Zusammenarbeit mit angrenzenden Ländern bzw. Regionen zur Steigerung der Resilienz und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes nutzen“





## Planungs- und Genehmigungsverfahren konsequent beschleunigen

Für die Energie-, Mobilitäts- und Wärmewende, den Aufbau einer zukunftssicheren Wasserversorgung und Abwasserbehandlung sowie den Aufbau einer klimaneutralen Wirtschaft bis 2045 müssen Planungs- und Genehmigungsverfahren massiv beschleunigt werden.

### „Beschleunigung aller Genehmigungsprozesse vorantreiben“

Um spürbare Verbesserungen zu erzielen, sind Anpassungen in folgenden Bereichen erforderlich:

- › Evaluation der rechtlichen Rahmenbedingungen: Zahlreiche Beispiele zeigen, dass die Vorgaben zu Planungs- und Genehmigungsverfahren von den Unternehmen als nicht mehr zeitgemäß wahrgenommen werden. Diese Entwicklung führt dazu, dass sich die behördlichen Prozesse nur schwer bzw. gar nicht mit dem maßgebenden unternehmensinternen Projektmanagement synchronisieren lassen. Die Praxiserfahrung zeigt außerdem, dass durch das Fehlen notwendiger Genehmigungen unter Umständen bereits zugesagte Förderangebote verfallen.
- › Überprüfung von Zuständigkeiten: Der Grundgedanke der Genehmigungspraxis basiert auf der Partizipation zahlreicher Fach- und Regionalbehörden. Dabei sind die beteiligten Behörden sowohl in den Kommunen und Kreisen als auch in der Landesverwaltung angesiedelt. Damit die erforderliche Geschwindigkeit für die Transformation der Versorgungsinfrastrukturen erreicht werden kann, sollten die bisherigen Zuständigkeiten eindeutig festgelegt, gestrafft und ggf. gebündelt werden.
- › Personelle und technische Ausstattung der Behörden: Unter Berücksichtigung des zu erwartenden Genehmigungszuwachses müssen die zuständigen Stellen mit

den erforderlichen personellen und technischen Ressourcen ausgestattet werden. Bereits heute zeigen sich Verzögerungen bei der Realisierung relevanter Infrastrukturvorhaben, weil die Ressourcen der zuständigen Behörden zu knapp sind.

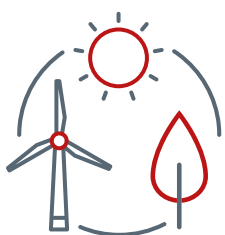
- › Möglichkeit der Genehmigungsfiction auf Infrastrukturprojekte ausweiten: Die im Verwaltungsrecht geschaffene Möglichkeit zur Genehmigungsfiction muss auf alle Infrastrukturprojekte ausgeweitet werden. Mit dieser Maßnahme können schnelle Entscheidungen und eine Entlastung der Behörden ermöglicht werden.

### „Verwaltungsrechtliche Möglichkeiten zur Genehmigungsfiction ausweiten“

Im Hinblick auf die Energiewende gilt neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien insbesondere der Auf- bzw. Ausbau der Stromnetze als zentrale Stellschraube. Eine Beschleunigung des Stromnetzausbaus – insbesondere der Genehmigungsprozesse – ist zwingend erforderlich, um den Ausbau der erneuerbaren Energien und deren zunehmende Abregelung zu verhindern. Aus Sicht der Netzbetreiber sind zwei mögliche Optionen denkbar:

- › Eine strategische Neuausrichtung des Landesamtes für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) zu einer agilen Behörde mit viel Erfahrung und modernen Prozessen zur Bewältigung der Energiewende.
- › Eine Integration der relevanten Abteilung des LBGR in das für die Energiewende zuständige Ministerium.

Ohne eine deutliche Beschleunigung der erforderlichen Planungs- und Genehmigungsverfahren wird der notwendige Aus- und Umbau der Versorgungsinfrastrukturen nicht in den dafür vorgesehenen Zeithorizonten gelingen.



## Flächendeckende Digitalisierung ermöglichen und sicherstellen

In Folge der COVID-19-Pandemie bzw. der damit einhergehenden Beschränkungen haben Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung die vielfältigen Potenziale der Digitalisierung erkannt.

### „Vielfältige Potenziale der Digitalisierung nutzen“

Auf bundespolitischer Ebene ist mit dem „Gesetz zum Neustart der Digitalisierung der Energiewende“ eine Grundlage zur Digitalisierung des Mess- und Zählwesens im Stromnetz geschaffen worden. Dabei zielt der großflächige Roll-out intelligenter Messsysteme nicht nur auf einen besseren Ausgleich von Angebot und Nachfrage ab, sondern es soll auch die Partizipation von Verbraucher\*innen an dynamischen Kostenkomponenten ermöglichen. Um den Mehrwert der Digitalisierung für die Energie- und Wasserwirtschaft vollumfassend zu realisieren, sollten darüber hinaus landesrechtliche Rahmenbedingungen geschaffen und die Institutionen des Landes mit den notwendigen technischen Ressourcen ausgestattet werden.

- › Digitalisierung von Verwaltungsprozessen: Als einer der zentralen Ansätze zur Beschleunigung von Verwaltungsprozessen gilt deren Digitalisierung. Schon heute können mithilfe digitaler Angebote einige Prüfverfahren, z. B. Vollständigkeitsüberprüfungen, automatisch voll-

zogen werden. Dabei bieten digitale Angebote nicht nur Beschleunigungspotenzial, sondern auch Möglichkeiten für einen effizienten Personaleinsatz bzw. zur Kompensation des demografischen Wandels sowie des Fachkräftemangels. Aus diesem Grund sollten alle verfügbaren technologischen Möglichkeiten geprüft und Rahmenbedingungen für deren Einsatz geschaffen werden. Der Landeshaushalt sollte zudem mit den notwendigen Mitteln unterlegt werden.

- › Digitalisierung des Mess- und Zählwesens in der Energie- und Wasserwirtschaft unterstützen: Um den digitalen Wandel der Versorgungsinfrastruktur zu unterstützen, sollten landesrechtliche Vorgaben zum Datenschutz evaluiert und mögliche Hemmnisse fortwährend abgebaut werden.

Zur Bewältigung der vielfältigen Herausforderungen ist eine konsequente Digitalisierung in allen Arbeitsbereichen unerlässlich. Das Land Brandenburg sollte die für den Einsatz digitaler Lösungen notwendigen Rahmenbedingungen schaffen und damit die Zukunftsfähigkeit des Standortes stärken. Die Kombination aus Transformation, Klimawandel und stetig zunehmendem demografischem Wandel wird den Einsatz intelligenter Digitalösungen in der Energie- und Wasserwirtschaft zukünftig erfordern.



## Bürokratische Anforderungen abbauen

Die bürokratischen Anforderungen durch EU-, Bundes- und Landesrecht haben in den vergangenen Jahren für die Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft kontinuierlich zugenommen. Die Grundregel „One-In, One-Out bzw. Two-Out“ zum Abbau bürokratischer Hürden (für jede neue Regelung muss mindestens eine alte Regelung gestrichen werden) ist auch unter Berücksichtigung immer komplexerer Herausforderungen aus dem Fokus geraten.

### „Grundregel „One-In, One-Out bzw. Two-Out“ zum Abbau bürokratischer Hürden konsequent anwenden“

Dieser Trend darf sich in den kommenden Jahren nicht fortsetzen. Die Bearbeitung der administrativen Anfragen gewinnt fortwährend an Komplexität und bindet wertvolle personelle Ressourcen.

In der Praxis stoßen insbesondere Abfragedoppelungen bzw. sehr ähnlich ausgestaltete Abfragen verschiedener Institutionen auf Unverständnis bei den Unternehmen. Um die bürokratischen Anforderungen zu reduzieren, sollten die einschlägigen Rechtsvorschriften überprüft und optimiert werden. Auch die Einrichtung einer digitalen Plattform, auf der Unternehmen einmalig Daten bereitstellen, die nach Legitimation der verschiedenen zuständigen Stellen der Landesverwaltung abgerufen werden, könnte zur Lösung des Problems beitragen. Bei der Bearbeitung von Anliegen zwischen Unternehmen und Verwaltung sollte der Einsatz von digitalen Lösungen weiter ausgebaut werden. Durch die Nutzung von KI-basierten Technologien, z. B. zur Plausibilitätsprüfung, könnten personelle Ressourcen in der Verwaltung effizienter eingesetzt werden.



## Planungs- und Versorgungssicherheit für den Strukturwandel gewährleisten

Die Beendigung der Kohleverstromung ist in langen Beratungen durch eine Expert\*innen-Kommission erarbeitet und anschließend vom Deutschen Bundestag beschlossen worden. Mit dem Rechtsrahmen zur Beendigung der Kohleverstromung sind Vorgaben zum Strukturwandel, u. a. zur Beschäftigungssicherung und zur Stärkung der regionalen Wertschöpfung geschaffen worden. Im Jahr 2021 hat die Bundesregierung mit ihrem Koalitionsvertrag erstmals den gesetzlich vereinbarten Zeitplan zur Beendigung der Kohleverstromung zur Disposition gestellt. Die Energiewirtschaft hat den Anfang 2023 an die Branche gerichteten Aufruf zu Gesprächen für einen früheren Kohleausstieg mit Irritation zur Kenntnis genommen. Nach Brancheneinschätzung sind in der bisherigen Debatte essenzielle Punkte, z. B. die Substitution der Erzeugungskapazitäten und Fragen der Versorgungssicherheit, nur unzureichend berücksichtigt worden. Darüber hinaus ist die Bereitstellung bzw. Verfügbarkeit der vereinbarten finanziellen Mittel im Falle eines beschleunigten Strukturwandels offen.

Die künftige Landesregierung sollte die sozialen und strukturellen Folgen eines frühzeitigen Kohleausstiegs sowie die Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit im deutschen Stromsystem gegenüber der Bundesregierung adressieren. Nach Einschätzung unserer Mitglieder und ersten bekanntgewordenen energiewirtschaftlichen Analysen zeigt sich, dass ein kurzfristiger Kohleausstieg nicht realistisch ist,

solange keine nennenswerten Kapazitäten zur Substitution der Kohleverstromung und zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit geschaffen worden sind. Sowohl die betroffenen Unternehmen als auch die Kommunen benötigen Planungssicherheit für die Versorgung der Kund\*innen bzw. über den Fortgang des Strukturwandels.

„Planungssicherheit für den Strukturwandel schaffen – Grundsatz der Versorgungssicherheit wahren“

In der öffentlichen Debatte wird immer wieder übersehen, dass ein früher Kohleausstieg nicht nur Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit mit Strom, sondern ebenso auf die Wärmeversorgung in einzelnen Kommunen – deren Wärme aus den Kohlekraftwerken ausgekoppelt wird – hätte.

Für den Aufbau einer auf erneuerbaren Energien basierenden und grundlastfähigen Energieversorgung ist der Bau flexibler und CO<sub>2</sub>-armer Kraftwerke erforderlich. Um den Bau und Betrieb der neuen Kraftwerksleistungen kosteneffizient zu gestalten und die Versorgungssicherheit zu wahren, sollte sich die Landesregierung für eine ausgewogene Akteursvielfalt bei den Ausschreibungen zur Kraftwerksstrategie einsetzen.

## Gemeinsame Grundlagen für die Transformation erarbeiten

Die Brandenburger\*innen bekommen die Folgen des Klimawandels z. B. in Form von zunehmenden Dürren und Extremwetterereignissen bereits heute in ihrem Alltag zu spüren.



„Rechtsrahmen für klimapolitische Vereinbarungen, Maßnahmen, Monitoring und Steuerung schaffen“

Um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen, sollten die klimapolitischen Vereinbarungen und die dafür notwendigen Maßnahmen in einem Rechtsrahmen zusammengeführt werden. Mit dem „Klimaplan Brandenburg“ plant die Landesregierung, die Einzelmaßnahmen zur Erreichung der auf Bundesebene vereinbarten Klimaziele und zur Umsetzung der ressortspezifischen Strategien, z. B. der Energie-

strategie, zusammenzuführen. Dieses Instrument gilt es in der kommenden Legislaturperiode zu verstetigen und mit den erforderlichen Monitoring-Mechanismen zu untermauern, um eine zielgenaue Steuerung zu gewährleisten.

Um den klimatischen Veränderungen adäquat zu begegnen sowie die Erreichung der energie- und klimapolitischen Ziele zu ermöglichen, ist eine leistungs- und zukunftsfähige Versorgungsinfrastruktur unabdingbar. Damit die Infrastrukturen für Strom, Wärme, Gas/Wasserstoff, Trinkwasser und Abwasser bei gleichbleibender Versorgungssicherheit betrieben werden können, müssen in den kommenden Jahren kapitalintensive Um- und Ausbaumaßnahmen ergriffen werden.



Die Transformationsplanung endete bisher, mit Ausnahme der Stromnetzplanung, allzu oft an kommunalen Grenzen. Um Potenziale und Synergien bei den Projekten der verschiedenen Medien und Versorger erkennen und nutzen zu können, sollten die Transformationspläne einzelner Unternehmen künftig in einer Transformationsroadmap für das Land zusammengefasst werden. Die Stromnetzentwicklungsplanung könnte als Grundlage für die Transformationsplanung im Land Brandenburg genutzt werden. Aus der Transformationsroadmap ableitend kann eine integrierte Infrastrukturplanung unter Berücksichtigung aller Ressourcen erfolgen, die zugleich die Bündelung von Vorhaben ermöglicht.

Die Transformationsroadmap und die integrierte Infrastrukturplanung sollten nur Anwender\*innen mit berechtigtem Interesse zur Verfügung gestellt werden, da die enthaltenen Informationen zum Teil von Betreibern kritischer Infrastrukturen stammen.

- › Für den Aufbau einer resilienten und zunehmend auf erneuerbaren Energien basierenden Energieversorgung müssen attraktive Rahmenbedingungen für die Diversifizierung der Stromerzeugung und den Einsatz möglicher Speichertechnologien geschaffen werden. Dazu sollte die Landesregierung ihren bundespolitischen Einfluss nutzen, um langfristige und planungssichere Regelungen für die Sektorenkopplung, also den Einsatz erneuerbarer Energie in den Sektoren Mobilität, Wärme und Industrie, zu entwickeln. Das Abregeln erneuerbarer Stromerzeugungsanlagen gilt es, zukünftig bestmöglich zu vermeiden. Ebenso sollten zur Akzeptanzstärkung für den Ausbau der erneuerbaren Energien die Aktivitäten zur Angleichung der Netznutzungsentgelte vorangetrieben werden.

### „Diversifizierung von Strom- und Wärmeversorgung vorantreiben“

- › Die Defossilisierung der Wärmeversorgung gilt als zentrale Aufgabe in den kommenden Jahren. Um den Unternehmen der Wärmeversorgung die notwendige Planungssicherheit zu gewährleisten, sollte die Landesregierung die zuständigen Akteure der Wärmeplanung aktiv bei der Umsetzung unterstützen. Die Energie- und Wasserwirtschaft wird diesen Prozess aktiv vorantreiben. Jedoch ist zu bedenken, dass es sich bei den erforderlichen Informationen, z. B. Erzeugungs- und Anschlusskapazitäten oder Netzinfrastruktur, unter Umständen um kritische Infrastrukturen handelt, deren Schutz es zu wahren gilt. Ohne eine aussagekräftige Wärmeplanung fehlt es den Kommunen und Unternehmen an einer geeigneten Grundlage für die

Transformation der Wärmeversorgung. Ergänzend zu den Informationsgrundlagen sollten auf Landesebene ökonomische und ökologische Rahmenbedingungen zur Abwärmenutzung erarbeitet werden. Darüber hinaus sollte die zukünftige Landesregierung einen modernen Rahmen zur Geothermie-Nutzung auf bundespolitischer Ebene einfordern – auch, um die Erfüllungsoptionen des im vergangenen Jahr überarbeiteten Gebäudeenergie- und Wärmeplanungsgesetzes mit den notwendigen Rahmenbedingungen zu unterlegen.

- › Die geopolitischen Entwicklungen der vergangenen Jahre haben deutlich gemacht, dass zur Beschaffung von Erdgas weniger Anbieter zur Verfügung stehen und mit einer stark volatilen Kostenstruktur zu rechnen ist. Aufgrund dieser unsicheren Ausgangssituation und unter Berücksichtigung der Klimaziele sowie der noch unklaren Regulierung zum Umgang mit dem Gasnetz werden Investitionen in das bestehende Gasnetz (Reparaturen ausgenommen) sowie in den Netzausbau sukzessive reduziert. Diverse Studien zeigen, dass eine Nutzung der Gasnetzinfrastruktur für den Aufbau eines Wasserstoffnetzes in weiten Teilen möglich ist. Wasserstoff dient u. a. als Speicher- und Transportoption für erneuerbare Energien, aber auch zur Defossilisierung von Produktionsverfahren in der energieintensiven Industrie.



„Wasserstoff als Speicher-, Transport- und Defossilisierungsoption nutzen“

Unter Berücksichtigung der Flächenverfügbarkeit, der Flächeneignung und des künftigen Strombedarfs ist anzunehmen, dass ein Großteil des künftigen Wasserstoffbedarfs durch Importe abgedeckt werden muss. Um den Infrastrukturumbau abzusichern und den Wasserstoffhochlauf zu begünstigen, sollten zunächst die Planungen des Landes mit denen des Bundes synchronisiert werden. Obwohl die Gasverteilnetzbetreiber mehr als 75 Prozent der Erdgas-mengen ausspeisen, wird deren infrastrukturelle Bedeutung beim Aufbau eines Wasserstoffnetzes noch nicht ausreichend berücksichtigt. Im Dialog mit dem Bund sollte das Land auf die Potenziale der vorhandenen Infrastruktur weiter aufmerksam machen und eine verlässliche Regulatorik, insbesondere zur Erweiterung des Wasserstoffkernnetzes, einfordern. An dieser Stelle ist es wichtig zu betonen, dass auch Kunden\*innen über die notwendige Planungssicherheit im Transformationsprozess verfügen müssen. Auf Landesebene sollten geeignete Maßnahmen zur Umsetzung der Machbarkeitsstudie für den Aufbau eines Wasserstoff-

transportnetzes (z. B. Umwidmung von Netzabschnitten etc.) erarbeitet und ein attraktiver Rechtsrahmen für die Wasserstoffproduktion im Land entwickelt werden – auch, um das zunehmende Abregeln erneuerbarer Energieerzeugungsanlagen zu vermeiden. Weiterhin bedarf es unter Berücksichtigung der bundespolitischen Aktivitäten einer Strategie zur Produktion sowie zum Einsatz grüner Gase, z. B. Biomethan, in Brandenburg.

- › Im Bereich der Siedlungswasserwirtschaft haben wir die Möglichkeit, diese gemeinsam zukunftsfähig zu gestalten, so dass sie den Bedürfnissen unserer Gesellschaft gerecht wird und unseren Planeten schützt.

Hierzu sind die Maßnahmen im „Leitbild zukunftsfähige Siedlungswasserwirtschaft Brandenburg“ beschrieben, die von allen Akteuren gemeinsam erarbeitet wurden.<sup>6</sup> Es bedarf nun einer aktiven Förderung der Umsetzung aller Maßnahmen und Fortschreibung des Leitbildes, um die dringend notwendigen Veränderungen voranzutreiben.

„Leitbild zukunftsfähige Siedlungswasserwirtschaft fortschreiben und umsetzen“



## Neugestaltung der Förderangebote für die Transformation

Die Transformation der Versorgungsinfrastruktur für einen klimaneutralen Betrieb bzw. deren Anpassung an die Herausforderungen des Klimawandels wird erhebliche Investitionen erfordern. Zur Unterstützung der Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft sind in den vergangenen Jahren unterschiedliche Förderangebote auf Ebene der EU, des Bundes und des Landes geschaffen worden. Jedoch zeigen die Erfahrungen der Unternehmen, dass die Förderangebote nicht immer zielführend sind. Die neue Landesregierung sollte die bestehenden Förderangebote evaluieren und, wo notwendig, überarbeiten.

- › Zu den zentralen Förderangeboten der Europäischen Union zählen der „Just Transition Fund“ (JTF) und der „Europäische Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE). Im Jahr 2021 ist mit dem JTF ein Förderangebot zur Bewältigung der Folgen der vom Strukturwandel betroffenen Regionen in Kraft getreten. In der Folge hatten die in der Landesregierung zuständigen Ressorts Pläne zur Ausrichtung möglicher Förderangebote erarbeitet und mit der EU-Kommission abgestimmt. Zwischenzeitlich wurden die Förderrichtlinien ver-

öffentlicht. Ebenso können Mittel aus dem EFRE abgerufen werden, um Unterschiede der regionalen Entwicklung zu mindern und die Lebensbedingungen in den strukturschwächsten Regionen zu verbessern.

„Passgenauigkeit europäischer Förderangebote einfordern“

Generell gilt, dass die von der EU zur Verfügung gestellten Förderangebote an den mehrjährigen Finanzrahmen der EU (aktueller Finanzrahmen endet 2027) gekoppelt sind und ein Übertrag der Mittel auf folgende Finanzrahmen bisher nicht vorgesehen ist. Die Landesregierung sollte den Abruf der Fördermittel kontinuierlich evaluieren und ggf. auf einen Übertrag der Mittel auf den nächsten Finanzrahmen der EU hinwirken. Zudem sollte in kommenden Abstimmungen mit der EU-Kommission die regionale Bedeutung kleiner und mittlerer Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft für die Transformation hervorgehoben werden. Die Mitgliedsunternehmen der BDEW-Landesgruppe Berlin/Brandenburg berichten immer



wieder, dass eine Inanspruchnahme europäischer Förderangebote grundsätzlich nicht möglich ist, weil die Kommunen in die Eigentümerstruktur der Unternehmen eingebunden sind. Eine Benachteiligung von Stadtwerken und kommunalen Unternehmen gilt es zukünftig zu vermeiden.

### „Überarbeitung und Verstetigung der bundesrechtlichen Förderangebote erwirken“

- › Auf Bundesebene gibt es verschiedene Förderangebote zur Transformation der Versorgungsinfrastruktur, z. B. das „Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz“ (KWKG) und die „Bundesförderung effiziente Wärmenetze“ (BEW). „Kraft-Wärme-Kopplung“ (KWK) beschreibt die Umwandlung von Energie in mechanische oder elektrische Energie sowie Wärme. Beim Einsatz von KWK-Anlagen in der Energiewirtschaft wird die aus der Stromerzeugung anfallende Wärme in der Regel zum Heizen und zur Warmwasserbereitung genutzt. Für eine hohe Versorgungssicherheit mit Strom und Wärme in einem zunehmend auf erneuerbaren Energien basierenden Energiesystem müssen Rahmenbedingungen für die Errichtung, den Betrieb und perspektivisch den klimaneutralen Umbau von KWK-Anlagen erarbeitet werden. Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung werden heute vorwiegend mit fossilen Brennstoffen betrieben, können jedoch bei einem Wasserstoffhochlauf zugänglich auf den Einsatz von Wasserstoff oder andere

klimaneutrale Brennstoffe umgerüstet werden und lassen aufgrund einer hohen anlagenbedingten Umwandlungseffizienz einen sehr effizienten Ressourceneinsatz zu. Vor diesem Hintergrund sollte die künftige Landesregierung den energiewirtschaftlichen Wert der KWK hervorheben und auf eine zukunftsfähige Förderkulisse auf Bundesebene hinwirken.

Mit dem BEW ist ein attraktives Förderangebot zur Wärmewende auf Bundesebene geschaffen worden. Neben dem Aus- und Umbau von Wärmenetzen kann ebenso der Betrieb von effizienten Wärmeerzeugungsanlagen gefördert werden. Um die Investitions- und Planungssicherheit für die Wärmewende zu erhöhen, sollte die BEW gesetzlich normiert und mit den langfristig notwendigen finanziellen Mitteln unterlegt werden.

- › Auf Landesebene sind u. a. mit dem Brandenburg-Paket verschiedene Förderangebote zur Unterstützung und Ergänzung bekannter Förderziele geschaffen worden.

Die BDEW-Landesgruppe Berlin/Brandenburg setzt sich für eine Neugestaltung der Förderpolitik in Brandenburg ein, die eine Partizipation aller Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft ermöglicht. Gerade kleine und mittelständische Unternehmen mit regionaler Verwurzelung tragen zur Wertschöpfung und zur Transformation bei. Dieser Mehrwert sollte sich in der künftigen Förderlandschaft des Landes widerspiegeln und die Förderangebote sollten modular ausgestaltet werden.



## Paradigmenwechsel in der Wasserpolitik einleiten

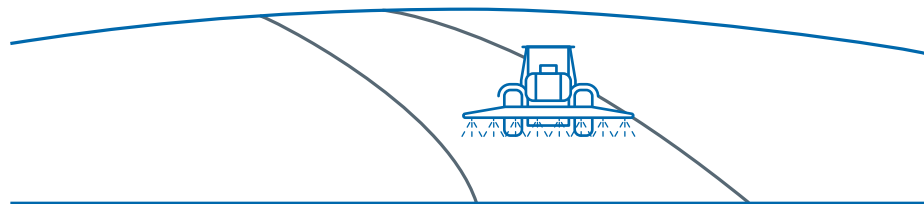


Die Bürger\*innen im Land Brandenburg müssen sich auch in Zukunft stets auf die Versorgung mit einwandfreiem Trinkwasser, dem Lebensmittel Nummer Eins, und eine fachgerechte Abwasserreinigung verlassen können. Schlüssel dazu ist ein konsequenter nachhaltiger Gewässerschutz unter stärkerer Berücksichtigung des Verursacherprinzips. Nur durch ein koordiniertes und entschlossenes Handeln können wir dies jetzt sicherstellen. Hierzu dienen die Beschlüsse der Enquete-Kommission 6/1 des Landtages Brandenburg zur „Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels“<sup>7</sup> und das „Leitbild zukunftsfähige Siedlungswasserwirtschaft Brandenburg“<sup>8</sup> als geeignete Richtschnur. Bereits im Leitbild sind zahlreiche Maßnahmen beinhaltet, deren Umsetzung nun voranzutreiben ist. Das bestehende Leitbild bietet eine gute Orientierung für die kommenden 20 Jahre, jedoch sind aufgrund der Herausforderungen durch den Klimawandel und die Energiewende entsprechende Anpassungen notwendig, z. B. im Rahmen eines neuen Handlungsfeldes „Klimaneutralität und Energieeffizienz in der Wasserwirtschaft“ etc. Diese Anpassungen sind durch den vom Landtag Brandenburg angenommenen Entschließungsantrag vom 13. Dezember 2023 (DS 7/8921<sup>9</sup>) angeschoben worden und durch die zukünftige Landesregierung gemeinsam mit den Aufgabenträgern konsequent fortzuführen.

Dazu sind Maßnahmen in den folgenden Handlungsfeldern notwendig:

- › Vorrang und Schutz der öffentlichen Trinkwasserversorgung sowie nachhaltiger Gewässerschutz
- › Stärkung des Verursacherprinzips sowie Beschleunigung der Altlastensanierung
- › Versorgungssicherheit durch Kooperation und dezentrale Systeme
- › Anpassung der Infrastruktur an den Klimawandel
- › Bürokratieabbau und Schaffung effizienter administrativer Strukturen

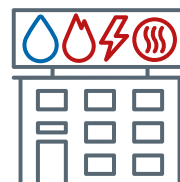
Die BDEW-Landesgruppe Berlin/Brandenburg hat dazu konkrete Maßnahmen in allen Handlungsfeldern vorgeschlagen.<sup>10</sup>



## Stärkung von Bildung und Fachkräftegewinnung

Die Folgen des demografischen Wandels werden in den kommenden Jahren für die Wirtschaft und Verwaltung zunehmend sicht- bzw. spürbar. Ein Gutachten des Aktionsrates Bildung mit dem Titel „Bildung und berufliche Souveränität“ zeigt, dass knapp zwei Millionen Arbeitsstellen unbesetzt sind.<sup>11</sup> Um den Anforderungen der Transformation im Hinblick auf die Energie- und Klimaziele gerecht zu werden, müssen Maßnahmen zur Stärkung von Bildung und Fachkräftegewinnung erarbeitet werden.

Ergänzend zu den einleitenden Worten dieses Papiers ist es der Energie- und Wasserwirtschaft ein wichtiges Anliegen, die Bedeutung einer guten politischen Bildung der Bürger\*innen im Land hervorzuheben.



Um Nachwuchskräfte zu gewinnen, sind folgende Maßnahmen notwendig:

- › Stärkung der MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) im Regelschulbetrieb: Der Arbeits- und Fachkräftemangel in den MINT-Berufen wird bereits heute immer wieder sichtbar. Um dieser Entwicklung zuvorzukommen, sollten die Bedeutung und die Inhalte der MINT-Fächer im Regelschulbetrieb gestärkt werden. Als Bearbeitungsgrundlage für alle MINT-Aufgaben gelten gute mathematische Kenntnisse. Zudem sollten die Inhalte der MINT-Fächer bereits frühzeitig einen beruflichen Bezug aufweisen, um den Jugendlichen die Vielfalt der Berufswelt aufzuzeigen bzw. zur geplanten beruflichen Orientierung aufzuklären.
- › Ausweitung von Pflichtpraktika: Verschiedene wissenschaftliche Erhebungen zeigen, dass Jugendliche hierzulande nur zu einem geringen beruflichen Spektrum Kenntnisse bzw. Informationen haben – und das trotz der vielfältigen Informationsangebote. Darüber hinaus zeigen aktuelle Befragungen, dass die Heranwachsenden allgemein noch immer zu geschlechterspezifischen Berufen tendieren. Diese Entwicklung darf sich in den kommenden Jahren nicht weiter verfestigen. Aus Sicht der Energie- und Wasserwirtschaft sollten mehrwöchige Pflichtpraktika fester Bestandteil aller weiterführenden Schulen werden. Zudem ist es erforderlich, die anstehenden bzw. absolvierten Praktika durch eine gezielte Vor- und Nachbereitung in der Schule zu begleiten. Mittelfristig können Pflichtpraktika inkl. der schulischen Aufbereitung dazu beitragen, Jugendliche für spätere Berufe zu begeistern und letztlich die Abbrecherquoten bei eingeschlagenen Ausbildungs- und Studiengängen zu reduzieren. Seitens der Unternehmen muss die Bereitschaft zur Bereitstellung von Praktika gestärkt werden.

### „Ausbildung stärken und Fachkräftegewinnung unterstützen“

- › System der dualen Ausbildung aktiv unterstützen: Als ein Baustein zur Gewinnung der für die Transformation notwendigen Arbeits- und Fachkräfte gilt die Stärkung der dualen Ausbildung. Aus Sicht der Energie- und Wasserwirtschaft kann das System mit drei Komponenten gezielt gestärkt werden. Grundsätzlich muss die gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung der dualen Ausbildung weiter gestärkt werden. Die duale Ausbildung sollte wieder als Basis für eine gute berufliche Entwicklung und nicht als „letzte Ausfahrt“ verstanden werden. Ebenso bedarf es in den Schulen einer aktiven Aufklärung der Schüler\*innen

über die Veränderungen der Arbeitswelt infolge der Transformation. Während einige Berufe „aussterben“, werden sich wiederum andere Berufsbilder stark verändern und ganz neue Berufe entstehen.

Letztlich sollten Lehrkräfte in den kommenden Jahren weitergebildet und sensibilisiert werden, um den Jugendlichen den Wert der dualen Ausbildung vermitteln und sie qualifiziert bei der Berufsfindung begleiten zu können.

Sowohl für den Regelschul- als auch den Berufsschulbetrieb gilt es, die Bildungseinrichtungen angemessen technisch und personell auszustatten. Die zwingend erforderliche Digitalisierung des Bildungswesens muss auf Grundlage eines ganzheitlichen Konzeptes sichergestellt werden.

### „Berufliche Orientierung & Bildung stärken“

Zur Gewinnung künftiger Fachkräfte sollten drei Maßnahmenstränge verfolgt und miteinander verknüpft werden:

- › Meisterausbildung: Die Meisterausbildung gilt es zu stärken und als essenziellen Baustein für die berufliche Entwicklung zu fördern. Dazu gehören eine zeitgemäße Ausstattung der Ausbildungseinrichtungen, praxisnahe Lehrinhalte, enge Kooperationen mit Unternehmen und eine attraktive finanzielle Förderung. Darüber hinaus sollten Anreize geschaffen werden, um mehr Menschen dazu zu ermutigen, den Weg der Meisterausbildung einzuschlagen.
- › Akademische Ausbildung: Für die akademische Ausbildung, insbesondere im ingenieurwissenschaftlichen Bereich, gilt es, die vorhandenen Lehrstühle zu erhalten. Die Erfahrungen zeigen, dass nur über eine Internationalisierung der Lehre weitere potenzielle Student\*innen gewonnen werden können. Diesen müssen Entwicklungs- und Beschäftigungsoptionen in Brandenburg angeboten werden.
- › Gewinnung ausländischer Fachkräfte unterstützen: Der Bedarf an ausländischen Fachkräften ist für die Unternehmen der BDEW-Landesgruppe Berlin/Brandenburg absolut unstrittig. Praxisbeispiele zeigen insbesondere Herausforderungen bei der Suche geeigneter Fachkräfte, der Integration und Akzeptanz in Unternehmen und Gesellschaft. Der „International Talent Service“ der Wirtschaftsförderung Brandenburg sollte unbedingt fortgeführt und gestärkt werden. Ebenso müssen die behördlichen Prozesse vereinfacht und eine übergreifende Willkommenskultur gefördert werden.



## Transfer von Forschung in die Praxis

In Brandenburg sind in den vergangenen Jahren verschiedene Forschungsprojekte initiiert worden, die wertvolle Erkenntnisse für die weitere Defossilisierung bieten.

Mit dem CO<sub>2</sub>- „Pilotstandort Ketzin“<sup>12</sup> ist in der Zeit von 2004 bis 2017 der erste Test-Standort zur geologischen CO<sub>2</sub>-Speicherung in einem salinen Aquifer in Deutschland geschaffen worden. Das Projekt zeigt, dass die CCS-Technologie unter den dort gegebenen Rahmenbedingungen sicher anwendbar ist. Der BDEW setzt sich dafür ein, ausreichende CO<sub>2</sub>-Transportkapazitäten in Deutschland vorzusehen, damit die Anbindung an unterirdische Offshore-Speicher in der Nordsee ermöglicht werden kann. Derzeit sind Lagerstätten für die Speicherung von CO<sub>2</sub> onshore nicht zu berücksichtigen.

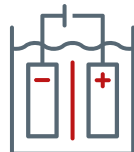
Die erst vor Kurzem gestarteten Tests zur unterirdischen Speicherung von Wasserstoff in Rüdersdorf bieten eine gute Grundlage zur Erforschung von H<sub>2</sub>-Speicheroptionen und zur Etablierung von Speichertechnologien. Die daraus gewonnenen Forschungsergebnisse gilt es zu nutzen, um die Übertragbarkeit auf andere Kavernenspeicher-Standorte zu evaluieren und tragfähige Geschäftsmodelle aus der H<sub>2</sub>-Speicherung zu entwickeln.<sup>13</sup>

Die im letzten Jahr vorgestellte „Machbarkeitsstudie zum Auf- und Ausbau eines leistungsfähigen Wasserstofftransportnetzes in Brandenburg“<sup>14</sup> skizziert die Grundlage für eine regionale Wasserstoffwirtschaft. Die von den Fernleitungsnetzbetreibern veröffentlichten Unterlagen zur Errichtung des Wasserstoffkernnetzes bis 2032 zeigen, dass die Landesregierung damit gute Vorarbeit geleistet hat.

Mit dem Verbundvorhaben „Reallabor: Ref-Lau – Referenzkraftwerk Lausitz“<sup>16</sup> im Industriepark Schwarze Pumpe wird ein neues und auf erneuerbaren Energien basierendes Kraftwerkskonzept entwickelt. Aus Wind- und PV-Energie wird mittels Elektrolyse grüner Wasserstoff erzeugt. Dieser kann langfristig gespeichert und in den Sektoren Strom, Verkehr, Wärme und Industrie verwendet werden. Damit bietet das Projekt einen wichtigen Ansatz zur Sektorkopplung, deren Stärkung es in den kommenden Jahren bedarf, und der Defossilisierung. Der für Elektrolyseprozesse erforderliche Wasserbedarf führt laut Untersuchungen des DVGW zu keiner Beeinträchtigung der Trinkwasserversorgung in Deutschland.<sup>17</sup> Ergänzend sei darauf hingewiesen, dass das für die Elektrolyse benötigte Wasser nicht nur aus Trinkwasser gewonnen werden kann, sondern z. B. auch aus Oberflächenwasser, Regenwasser und anderen Wasserqualitäten.

Im Projekt „Flexible Utility (Flexitility)“<sup>18</sup> werden in der Modellregion Herzberg (Elster) und Uebigau von Forschungs- und Praxispartnern gemeinsam Pilotanlagen betrieben, um Konzepte der dezentralen Trinkwasser-Zwischenspeicherung und der Wasserwiederverwendung zu Bewässerungszwecken zu erproben. Die Erkenntnisse zur Hygienisierung und Wiederverwendung von gereinigtem Abwasser helfen dabei, den regionalen Wasserkreislauf zu stabilisieren. Die Ergebnisse können auf andere Regionen übertragen und die Erfahrungen genutzt werden.

„Rahmenbedingungen für den Praxistransfer von Forschungsergebnissen schaffen“



Alle auf Landesebene vorgesehenen Leitungen für das Jahr 2030 wurden berücksichtigt. Auf der Grundlage dieser Voraussetzungen gilt es, weitere Forschungsprojekte zu unterstützen und die Entwicklung von Geschäftsmodellen zu ermöglichen. Das „Ausbildungszentrum für Energiespeichertechnologien mit dem Schwerpunkt elektrische und chemische Speicherung“ an der BTU Cottbus-Senftenberg<sup>15</sup> bietet hierfür eine geeignete Plattform.

## Quellenverzeichnis

1. Landesamt für Umwelt, Abschätzung der Treibhausgasemissionen im Land Brandenburg für 2022, Stand: April 2023, abgerufen am 16. Januar 2024  
<https://lfu.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Treibhausgasemissionen-2022.pdf>
2. Land Brandenburg – Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie, Energiestrategie 2040, abgerufen am 16. Januar 2024  
<https://mwae.brandenburg.de/de/energiestrategie-2040/bb1.c.728626.de>
3. Land Brandenburg – Landesamt für Umwelt Brandenburg, Klimawandel, abgerufen am 16. Januar 2024  
<https://lfu.brandenburg.de/lfu/de/aufgaben/klima/klimawandel/>
4. Land Brandenburg – Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie (MWAE), Wirtschaftsstatistik Brandenburg, abgerufen am 16. Januar 2024  
<https://mwae.brandenburg.de/de/wirtschaftsstatistik/bb1.c.478811.de#accordion-tab-bb1c605851de>
5. Land Brandenburg – Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK), Presseinformation: Wasser macht nicht an Landesgrenzen Halt – Brandenburg und Berlin erarbeiten erste Wasserstrategie Hauptstadtregion 2050, abgerufen am 16. Januar 2024  
<https://mluk.brandenburg.de/mluk/de/aktuelles/presseinformationen/detail/~03-11-2023-wasserstrategie-hauptstadtregion-2050>
6. Land Brandenburg, Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft, Abschlussbericht Leitbild zukunftsfähige Siedlungswasserwirtschaft Brandenburg, Stand: März 2015, abgerufen am 16. Januar 2024  
[https://mluk.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Abschlussbericht\\_Leitbild\\_SWW\\_Brandenburg.pdf](https://mluk.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Abschlussbericht_Leitbild_SWW_Brandenburg.pdf)
7. LT-Drucksache 6/11258, Abschlussbericht der Enquete-Kommission 6/1 „Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels“, Stand: April 2019, abgerufen am 16. Januar 2024  
[https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab\\_11200/11258.pdf](https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_11200/11258.pdf)
8. Land Brandenburg, Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft, Abschlussbericht Leitbild zukunftsfähige Siedlungswasserwirtschaft Brandenburg, Stand: März 2015, abgerufen am 16. Januar 2024  
[https://mluk.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Abschlussbericht\\_Leitbild\\_SWW\\_Brandenburg.pdf](https://mluk.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Abschlussbericht_Leitbild_SWW_Brandenburg.pdf)
9. LT-Drucksache 7/8921, Entschließungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion B90/DIE GRÜNEN zu Antrag der Fraktion DIE LINKE – Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung für die Zukunft machen – das Leitbild zukunftsfähige Siedlungswasserwirtschaft fortschreiben! – Drucksache 7/8735 vom 14.11.2023, Siedlungswasserwirtschaft an neue Herausforderung anpassen, abgerufen am 14. Januar 2024  
[https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab\\_8900/8921.pdf](https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab_8900/8921.pdf)
10. BDEW-Landesgruppe Berlin/Brandenburg, Stellungnahme zum Fachgespräch „Siedlungswasserwirtschaft“, abgerufen am 16. Januar 2024  
[https://bb.bdew.de/media/documents/Fachgespraech\\_ALUK\\_STN-BDEW-BB\\_2023-11-08.pdf](https://bb.bdew.de/media/documents/Fachgespraech_ALUK_STN-BDEW-BB_2023-11-08.pdf)
11. Aktionsrat Bildung, Gutachten „Bildung und berufliche Souveränität“, Stand: 2023, abgerufen am 16. Januar 2024  
[https://www.aktionsrat-bildung.de/fileadmin/Dokumente/Gutachten\\_pdfs/Download.pdf](https://www.aktionsrat-bildung.de/fileadmin/Dokumente/Gutachten_pdfs/Download.pdf)
12. GFZ Helmholtz-Zentrum Potsdam, Pilotstandort Ketzin, Forschungsprojekt CO2MAN, abgerufen am 16. Januar 2024  
<https://www.co2ketzin.de/startseite>
13. EWE AG, Wasserstoff-Speicher Rüdersdorf: EWE lagert erstmals Wasserstoff ein, abgerufen am 16. Januar 2024  
<https://www.ewe.com/de/media-center/pressemitteilungen/2023/10/wasserstoff-speicher-rdersdorf-ewe-lagert-erstmal-wasserstoff-ein-ewe-ag>
14. Fraunhofer IEG, Fraunhofer ISI u. a., Machbarkeitsstudie: Auf- und Ausbau eines leistungsfähigen Wasserstofftransportnetzes in Brandenburg, abgerufen am 16. Januar 2024  
[https://mwae.brandenburg.de/media/bb1.a.3814.de/Studie\\_Wasserstofftransportnetz\\_Bbg\\_\(Stand\\_02\\_2023\).pdf](https://mwae.brandenburg.de/media/bb1.a.3814.de/Studie_Wasserstofftransportnetz_Bbg_(Stand_02_2023).pdf)
15. Centrum für Energietechnologie Brandenburg. Ausbildungszentrum für Energiespeichertechnologien, abgerufen am 16. Januar 2024  
<https://projekt-energie.eu/de/ausbildungszentrum.html>
16. Referenzkraftwerk Lausitz GmbH, abgerufen am 16. Januar 2024  
<https://www.reflau.com>
17. DVGW, Deutschlands Wasserressourcen reichen für die Erzeugung von grünem Wasserstoff aus, abgerufen am 01. Februar 2024  
<https://www.dvgw.de/der-dvgw/aktuelles/presse/presseinformationen/dvgw-presseinformation-vom-22022023-wasserbedarf-fuer-h2-elektrolyse>
18. Flexibility, Klimaresiliente Versorgung, abgerufen am 16. Januar 2024  
<https://flexibility.inter3.de/>



**Herausgeber und Ansprechpartner**

BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V.  
Landesgruppe Berlin/Brandenburg  
Reinhardtstraße 32  
10117 Berlin

**T** +49 30 300199-2211

[info@bdew-bb.de](mailto:info@bdew-bb.de)

[www.bdew-bb.de](http://www.bdew-bb.de)

**Konzeption und Gestaltung**

EKS – DIE AGENTUR

Energie Kommunikation Services GmbH

[www.eks-agentur.de](http://www.eks-agentur.de)

Stand: Februar 2024